

## Schwerpunkt Zweiter Sitzungstag im Juni-Landtag

# AHV-Geschäftsbericht sorgt im Landtag für eine vorgezogene Sozialdebatte

**Vorsorge** Die AHV hat 2014 einen kräftigen Überschuss erzielt, die Reserven belaufen sich auf 11,2 Jahresausgaben. Doch weil im Herbst eine grosse AHV-Revision auf der Agenda steht, nutzten die Abgeordneten das Traktandum zu einer intensiven Grundsatzdebatte.

VON JOHANNES MATTIVI

**D**en Anstoss zur Diskussion lieferte der FDP-Abgeordnete Manfred Batliner als erster Votant: «Ich habe diesen Geschäftsbericht der AHV gerne gelesen, er zeigt auch für das Geschäftsjahr 2014 wiederum ein tolles Ergebnis. Aber er kann auch falsche Erwartungen wecken ...» Batliners «Aber» bezog sich auf die schon lange bekannte demografische Entwicklung, wonach in den kommenden Jahrzehnten immer weniger erwerbstätige AHV-Beitragszahler immer mehr langlebige Pensionisten werden erhalten müssen. Prognosen sprechen laut Batliner davon, dass in 10 bis 15 Jahren nurmehr 1,6 Beitragszahlende Erwerbstätige auf einen Pensionisten kommen, statt wie heute 3,6 Beitragszahler.

Judith Oehri (VU) nahm den Ball auf, verwies ebenfalls auf künftig drohende Finanzengpässe der AHV durch die steigende Lebenserwartung und differenzierte dann das unterschiedliche Alterarmutsrisiko: zwischen doppelt AHV-Beitrag zahlenden Ehepaaren, alleinstehenden Männern und Frauen (mit oft unterbrochenen Karrierebiografien) sowie unterschiedlich langen AHV-Beitragsjahren und Beitragshöhen.

Diese kritische Differenzierung lieferte ein unmittelbares Stichwort für die FL-Abgeordneten Wolfgang Marxer und Thomas Lageder. Beide verwiesen auf die seit Jahren wachsenden Ergänzungsleistungen für ärmere Pensionisten. Während Marxer dies als eine der negativen Folge



«Wenn wir keine Massnahmen treffen, werden solche positiven AHV-Berichte in 10 bis 15 Jahren Geschichte sein.»

MANFRED BATLINER  
FDP-ABGEORDNETER

der vergangenen Sparmassnahmen der Regierung betrachtete, sah sein Fraktionskollege Lageder das Übel vor allem in den zu niedrig dotierten Pensionskassen, die zusammen mit der AHV für viele Menschen kein leistbares Leben im Alter ermöglichen würden. Die Lösung liegt für Lageder in einer deutlichen Erhöhung der Beitragssätze zur betrieblichen Personalvorsorge. Wendelin Lampert (FBP) ergänzte, dass AHV-Direktor Walter Kaufmann in öffentlichen Interviews ein Problem im Kapitalbezug aus der 2. Säule sehe. Dieser Kapitalabfluss hänge unmittelbar mit dem Anstieg der AHV-Ergänzungsleistungen zusammen.

#### Nebenschauplatz Kita-Angebot

Der DU-Abgeordnete Herbert Elkluch lenkte die Sozialdebatte schliesslich auf einen Nebenschauplatz, indem er forderte, dass Eltern, die keinen Kita-Platz für ein Kind beanspruchten, die

jährlichen Staatssubventionen von 15 000 Franken direkt wieder ausbezahlt bekommen sollten. Damit biss er nicht nur beim FL-Abgeordneten Thomas Lageder auf Granit, sondern auch bei Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini, der vorrechnete, dass ein Kita-Platz ohne staatliche Subventionen pro Kind und Tag 120 Franken kosten würde. Zusätzlich zu den einkommensabhängig gestaffelten Elternbeiträgen würden «120 Franken pro Tag mal 20 Arbeitstage» (und eventuell auch «mal zwei Kinder» statt «mal nur einem Kind») die Finanzkraft weniger begüterter Familien schlicht überfordern, meinte der Gesellschaftsminister. Dadurch würden vorwiegend einkommensschwächere Mütter vom Erwerbsarbeitsmarkt ferngehalten.

An dieser Stelle der Debatte mahnte Landtagspräsident Albert Frick ein, dass der zur Rede stehende Geschäftsbericht 2014 der AHV vom Parlament nicht zu einer vorgezogenen sozialpolitischen Debatte missbraucht werden solle. Schliesslich stehe eine solche Grundsatzdebatte im Herbst ohnehin ins Haus, wenn die Revision von AHV und betrieblicher Personalvorsorge traktandiert sei. Harry Quaderer (DU) doppelte nach: «Nachdem ich davon ausgehe, dass ich jetzt der letzte Redner zum Thema sein werde, stelle ich einen Antrag auf Schluss der Debatte. Das ist ja unmöglich, was hier abgeht.» Sprachs- und wurde vom Landtag erhört. Landtagspräsident Frick konnte den AHV-Geschäftsbericht 2014 daraufhin als «vom Landtag zur Kenntnis genommen» erklären.



Die Regierung musste im Rahmen des Rechenschaftsberichts etliche Fragen beantworten. (Foto: Zanghellini)